



Donnerstag, 10. Mai 2018, 10:57 Uhr
~13 Minuten Lesezeit

Frieden wird gemacht

Friedensaktivisten unterstützen die „Volksrepublik Lugansk“.

von Ulrich Heyden
Foto: Maryna Burnatna/Shutterstock.com

Abseits der großen Politik bemüht sich ein in Thüringen ansässiges „Aktionsbündnis Zukunft Donbass“, den Menschen in der international nicht anerkannten „Volksrepublik Lugansk“ praktisch zu helfen. Schon seit zwei Jahren schickt das Aktionsbündnis mit Hilfe von Spendengeldern ausrangierte, aber noch funktionsfähige Krankenhausausrüstung aus Deutschland nach Lugansk. Ende April kam der zwölfte Lastwagen-Transport mit einem drei Tonnen schweren Magnetresonanztomographie-Gerät aus München in Lugansk an. Die Leiterin des Aktionsbündnis Donbass Raissa Steinigk kontrollierte in Lugansk die Ankunft

der Lieferung. Am 3. Mai berichtete sie Ulrich Heyden von ihrer viertägigen Reise nach Lugansk.

Die 68 Jahre alte Aktivistin, Raissa Steinigk, stammt aus der Ukraine und lebt seit Anfang der 1970er Jahre in Thüringen. Sie ist eine der wenigen Menschen aus Deutschland, die aus eigener Anschauung über die Situation im Kriegsgebiet Lugansk Bescheid wissen. Schon 2016 besuchte sie Krankenhäuser in der „Volksrepublik Lugansk“, um zu erfahren, welche Hilfsgüter am dringendsten benötigt werden.

Der Konflikt um „Volksrepubliken“ droht sich in diesen Tagen erneut zuzuspitzen. Der ukrainische Präsident Petro Poroschenko erklärte Anfang April, dass die „Anti-Terror-Operation“ gegen die Separatisten in der Ost-Ukraine im Mai dieses Jahres zu Ende geht. Die Rückgewinnung des „besetzten Territoriums“ werde dann von der ukrainischen Armee mit „effektiveren Methoden“ geführt werden.

Anfang Mai wurde bekannt, dass die USA modernste Panzerabwehrraketen der dritten Generation vom Typ Javier an die Ukraine geliefert haben. Dafür bedankte sich die Regierung in Kiew überschwänglich bei Washington.

Fast jede Woche sterben in den international nicht anerkannten Volksrepubliken friedliche Bürger durch den Beschuss durch die ukrainische Armee.

Dass der Krieg „auf kleiner Flamme“ zu einem größeren Krieg wird, scheint angesichts der aktuellen Entwicklungen durchaus möglich.

Interview mit Raissa Steinigk

Sie sind vor zwei Stunden aus dem Kriegsgebiet Lugansk in Moskau angekommen. Wie fühlen Sie sich jetzt hier in Moskau? Erleichtert?

Also solche Gefühle, dass ich erleichtert bin, weil ich Moskau bin, habe ich nicht. Ich bin vier Tage in der „Volksrepublik Lugansk“ gewesen und habe ein großes Programm absolviert. In den Städten Perwomajsk und Stachanow, die nur fünf Kilometer von der Trennungslinie zur Ukraine entfernt liegen, wurde nur nachts geschlossen, aber nicht in Lugansk. Dort war es ruhig. Für mich erstaunlich war, dass die Leute in den „Volksrepubliken“ sehr oft den Begriff „vor dem Krieg“ benutzen. Das habe ich in allen Bevölkerungsschichten erlebt. In meiner Generation und auch bei etwas jüngeren Leuten bedeutete „vor dem Krieg“ früher: vor dem „Vaterländischen Krieg“ (Zweiter Weltkrieg, U.H.).

Das heißt, der Krieg hat für die Menschen in der „Volksrepublik Lugansk“ vor vier Jahren angefangen?

Ja. Und die Menschen befinden sich tatsächlich im Krieg.

Poroschenko hat erklärt, dass die Antiterror-Operation jetzt vorbei ist und das ukrainische Militär das Gebiet jetzt „befreien“ soll. Hatte diese Erklärung schon irgendwelche Auswirkungen, als Sie in Lugansk waren?

Nein. Sogar – sagen wir mal – die Leute aus einem Ministerium sagten, wenn Poroschenko und seine Junta wissen würden, dass sie die ganze Republik mit ihrer Ausdehnung von 150 Kilometern in der kürzesten Zeit besetzen können, dann hätten sie es schon längst versucht. Sie haben genug Munition und Militärgerät und sie haben genug Offiziere.

Die Leute haben mir erzählt, dass 2014 viele Menschen Tage vor einer Kirche verbracht haben. Sie haben sich an Gott gewandt und gebetet. Einige Frauen sagten zu mir, Raissa, wir standen vor einer Entscheidung. Wenn jetzt die ukrainische Armee vorrücken wird, werden wir selbst an die Front gehen. Sie sagten mir, am Anfang, als man uns „Banditen“, „Terroristen“ und „russische Soldaten“ nannte, gab es keine russische Armee in Lugansk. Es waren die Bewohner von diesem Teil des Donbass, die sich wehrten. Erst später kamen Don-Kosaken, also Kosaken aus dem (russischen, U.H.) Don-Gebiet. Das waren Reservisten. Das heißt, sie haben immer wieder geübt. Sie konnten mit den Gewehren umgehen.

Ich habe einen Fotografen gefragt. Er war 25 Jahre alt. Ich habe gefragt, Dima, bist du ein Patriot? Und er hat gesagt, nein, ich bin kein Patriot, aber ich möchte in diesem Teil der Ukraine leben. Ich möchte nicht woanders leben. Ich habe meinen Beruf. Ich möchte für mich verdienen. Hier habe ich meine Freunde, meine Verwandten und meine Eltern. Und es waren viele, die so geredet haben. Sie waren nicht politisch motiviert.

Der Plan von Kiew ist ja offenbar, das Gebiet militärisch zu besetzen, die Grenze nach Russland abzuriegeln und dann die Führungen der Volksrepubliken zu verhaften und eine neue Verwaltung einzusetzen.

So haben sie es sich vorgestellt. Aber sie hören jetzt von mir, wie es wirklich aussieht. Am Anfang war das keine russische Armee, sondern nur russische Instruktoren, also Lehrbeauftragte, die ihr Wissen über die Führung von Militär weitergegeben haben. Dann gab es die Dobrowolzi, also die Freiwilligen. Aus den Freiwilligen wurde eine Berufsmarine aufgebaut. Verstehen Sie, in Lugansk haben sie ihre eigene Armee. Und in dieser Armee sind 90 Prozent eigene Leute aus Lugansk. Und die bekommen ein Gehalt. Und dieses Gehalt ist hoch. Es wird von Russland bezahlt.

200 Euro?

Wahrscheinlich. Das hat man mir nicht erzählt, aber man hat gesagt, es seien gute Gehälter. Auch Polizisten bekommen gute Gehälter.

Viele Menschen in Deutschland glauben, dass die „Volksrepubliken“ faktisch russisches Besatzungsgebiet sind, dass dort russische Militärs sind und da russische Panzer herumfahren.

Dann müssen diese deutschen Bürger mal nach Lugansk reisen. Dann werden sie von 1,4 Millionen Menschen hören, wie es wirklich ist. Als der Krieg angefangen hat, waren es junge Leute, die gesagt haben, das ist unsere Heimat. Und wir lassen es nicht zu, dass man uns unsere Heimat wegnimmt.

Wer nimmt die Heimat weg?

Die ukrainischen Nazis.

Die Regierung, die heute in Kiew an der Macht ist, ist für die Menschen in Lugansk eine Nazi-Regierung.

Und alle, die mit mir gesprochen haben, haben mir gesagt, dass alle Leute, die in dem Teil des Donbass hinter der Demarkationslinie auf der ukrainischen Seite leben, ihre Verwandten in Lugansk fragen: „Wann werdet ihr uns befreien?“

Von wem befreien?

Von der ukrainischen Junta. Das sind die Begriffe, die man benutzt. Damit meint man die ukrainische Regierung.

Wie leben die Menschen in Lugansk?

Ich habe auch Videos und Bilder über das Leben in Lugansk mitgebracht. Ich habe einen Markt besucht. Ich war nicht nur erstaunt, ich war verblüfft, wie viele Lebensmittel es dort gibt. Aber die Preise waren fast wie in Moskau.

Das heißt, so hoch wie in Berlin und in Leipzig?

Ja, das kann man sagen. Und das bei den niedrigsten Gehältern und Renten. Es gab eine solche Fülle. Da war ich fast erschlagen.

Gibt es überhaupt Käufer für diese ganzen Lebensmittel?

Ich habe die Leute gefragt, wie bekommt man solche Lebensmittel nach Lugansk? Denn ich habe gehört, dass Kiew eine Handelsblockade zwischen der Ukraine und der „Volksrepublik Lugansk“ verhängt hat. Aus der Ukraine können Sie jetzt nicht mehr als eine Flasche Öl, zwei Brote oder ein paar andere Lebensmittel in ihrer Tasche in die „Volksrepublik“ mitbringen.

Man hat mir gesagt: Raissa, die Blockade ist von fünf Uhr morgens bis 22 Uhr abends in Kraft. Von 22 bis vier Uhr werden die Fuhren mit den Waren hin- und hergeschoben, durch die Blockposten (Kontrollposten an der Demarkationslinie, U.H.). Das habe ich nicht geglaubt und dann hat man mich abends zu einem sehr nahen Blockposten an der Staniza Luganskaja gebracht. Dort wird immer noch geschossen. Es war zwischen 17 und 19 Uhr. Und ich habe viele Autos gesehen, die auf der einen und der anderen Seite standen und Leute, die hin- und hergingen.

Und man sagte mir, dass täglich bis zu 25.000 Menschen den Blockposten passieren. Und dann hat man mir gesagt, große LKWs siehst du jetzt nicht. Aber wenn du abends und nachts, während der Sperrstunde, an den Blockposten kommst, dann siehst Du, dass der Handel nicht aufgehört hat. Aber das ist alles illegal.

Man sagt, dass die Lebensmittel in Lugansk so teuer sind, weil die Logistik so teuer geworden ist. Denn sie müssen diese Ware schmuggeln. Und sie müssen das Wachpersonal an den Blockposten schmieren. Also man verdient an diesem Krieg viel Geld. Das wurde mir sehr oft in diesen Tagen bestätigt.

Wer verdient dieses Geld?

In erster Linie ist es die ukrainische Seite. Denn sie muss diese Lastwagen durchlassen.

Das heißt die ukrainischen Soldaten, die die Grenze kontrollieren, verdienen gut?

Die Soldaten sicher, als die niedrigste Stufe in der Hierarchie. Aber eigentlich sind es die ukrainischen Offiziere, die das Geld kassieren.

Gibt es in Lugansk Geschäfte von westlichen Unternehmen?

Von den westlichen großen Supermarktketten gibt es in Lugansk nur Spar. In Lugansk hat Spar drei große Kaufhallen

<http://informer.media/archives/58119>

[\(http://informer.media/archives/58119\)](http://informer.media/archives/58119).

Werden die von dem holländischen Investor oder von einem örtlichen Tochterunternehmen betrieben?

Ich glaube von Tochterfirmen. Vor allem in diesen Geschäften, aber nicht nur in diesen, kann man alle Lebensmittel finden, die es auch bei uns in Deutschland gibt.

Wie wirkt sich die Handelsblockade auf die Industriebetriebe in Lugansk aus?

Mit der Handelsblockade hat die Ukraine nicht die politische Leitung der Volksrepublik Lugansk bestraft. Sondern sie haben die einfachen Leute bestraft, Bergarbeiter und viele andere. In der „Volksrepublik Donezk“ gibt es mehr Wirtschaftsbetriebe, die funktionieren, als in der „Volksrepublik Lugansk“. In der Volksrepublik Lugansk gibt es nur einen großen Stahlbetrieb in Altschewsk. Aber zurzeit ist dieses Werk nur zu einem Viertel ausgelastet.

Wohin werden Kohle und Stahl aus der Volksrepublik Lugansk verkauft?

Man erzählte mir, nach Russland. „Raissa Iwanowna, genauso wie man die Lebensmittel aus der Ukraine zu uns bringt, so bringt man auch die Steinkohle in die Ukraine.“

Über Russland?

Nicht unbedingt. Die Steinkohle wird direkt in die Ukraine geliefert.

Es gibt doch aber die Handelsblockade?

Das habe ich auch gedacht. Ich habe gesagt, da liegen doch Bäume auf den Schienen. Ja, am Tag liegen sie auf den Schienen, aber nicht abends. Auch wenn das übertrieben klingt, glaube ich, dass die Handelsverbindung zur Ukraine nicht unterbrochen ist. Denn ich kann mir nicht vorstellen, dass alle Lebensmittel, die es in der Volksrepublik Lugansk zu kaufen gibt, aus Russland kommen. In dem Regal eines Supermarktes habe ich zum Beispiel Flaschen einer bekannten Sektmarke aus der Ukraine gesehen.

Ich habe auch gehört, dass Leute sagen, wir werden so lange in Lugansk ausharren, bis eine positive Lösung für uns gefunden wird. Wir verstehen, dass Poroschenko (Präsident der Ukraine, U.H.) und

die Regierung der Ukraine kein Referendum und vor allem keine Wahlen wollen. Ein Referendum haben sie – in der Volksrepublik Lugansk – ja schon zweimal abgehalten. Das wurde aber im Westen und in der Ukraine nicht anerkannt.

2014 stimmten die Menschen friedlich für eine Dezentralisierung der Ukraine.

Und wenn es, wie im Minsker Abkommen vorgesehen, zu Wahlen kommt, wird der ganze Donbass gegen die ukrainische Regierung stimmen.

Also auch die von Kiew kontrollierten Gebiete des Donbass werden gegen die ukrainische Regierung stimmen?

Ja. Das sagen sogar ukrainische Politiker, wie Georgi Tuk. Der wurde von Kiew als Gouverneur für den Teil des Gebietes Lugansk eingesetzt, der von Kiew kontrolliert wird. Tuk hat schon mehrere Male vor der Presse gesagt, dass 90 Prozent der Menschen im von Kiew kontrollierten Gebiet von Lugansk gegen die ukrainische Werchownaja Rada und die ukrainische Regierung und für den Zusammenschluss des von Kiew kontrollierten Lugansk-Gebietes mit der „Volksrepublik Lugansk“ stimmen werden.

Was wollte Tuk mit dieser Äußerung bezwecken?

Tuk ist zwar erzkonservativ, aber er lebt mit den Menschen, in dem von Kiew kontrollierten Gebiet von Lugansk, und er sieht den stillen Widerstand. Die Menschen haben dort kein Verständnis für die Reformen, die man dort einführt. Das von Kiew kontrollierte Gebiet bekommt von internationalen Kreditinstituten finanzielle Unterstützung für den Aufbau der Infrastruktur. Aber die Menschen sehen diese finanzielle Unterstützung nicht in ihrem realen Leben. Sie sagen, das Geld kommt bei uns nicht an. Das lese und höre ich in den ukrainischen Medien. Das Geld der internationalen

Organisationen fließt in die Taschen von Beamten und anderen Leuten.

Viele Sachen, die man mir in Lugansk erzählt hat, wollte ich nicht glauben.

Zum Beispiel?

Zum Beispiel wurde mir in Lugansk erzählt, dass ein Auto mit einer jungen Frau am Steuer auf den Blockposten in der Staniza Luganskaja zufuhr. Die Frau hat aus Angst vor dem Blockposten statt auf die Bremse auf das Gaspedal gedrückt. Und die Soldaten, die dort standen, haben die Frau sofort mit ihren Waffen getötet. Aber ich habe keinen Grund, den Leuten, die mir das erzählt haben, nicht zu glauben, denn das waren Freiwillige, zum Beispiel Mitglieder einer Sozialinitiative, die unsere Sachspenden an die Bedürftigen verteilen.

Sie haben Verwandte in der Ukraine. Können Sie die besuchen?

Nein, ich kann sie nicht besuchen.

Haben sie es versucht?

Ich weiß, dass ich auf der Mirotworez-(„Friedensstifter“) Liste stehe. Deshalb kann ich sowieso nicht in die Ukraine fahren. (Auf der Liste „Friedensstifter“ (<https://myrotvorets.center/>) sind angebliche „Feinde der Ukraine“ aufgelistet, U.H.) Mein Name ist auf der Liste als „Persona non grata“ eingetragen, obwohl die Ukraine meine Heimat ist. Als Begründung steht in der Mirotworez-Liste, dass ich zwar eine tolle Sache (die Hilfsaktion, U.H.) mache, aber dass das illegal ist.

Die von ihnen in Deutschland mit ausrangiertem medizinischen Gerät beladenen Lastwagen fahren über Weißrussland und

Russland nach Lugansk. Es gab die Information, dass die Botschaft der Ukraine in Berlin das deutsche Außenministerium aufgefordert hat, die Hilfslieferungen des „Aktionsbündnis Zukunft Donbass“ unter Umgehung des ukrainischen Territoriums einzustellen. Hatte das Folgen?

Nein. Warum auch, ich mache doch nichts Schlechtes. Wir helfen den Menschen. Und im Vordergrund steht nicht eine politische Gesinnung. Unsere Arbeit kostet viel Zeit und Nerven.

Gab es für Sie auf dieser Reise nach Lugansk eine Überraschung?

Ja, manche Häuser, die ich 2016 gesehen habe, die total zerstört waren, sind wiederaufgebaut. Und ich habe gesehen, dass die Leute ihr Leben weiterleben. Am 28. April hat man im Hotel Druschba, wo ich wohnte, zwei Hochzeiten gefeiert, mit 50 oder mehr Personen. Die Gäste kamen angereist aus Russland und aus der Ukraine und sie wurden in diesem Hotel untergebracht. Ich habe gesehen, dass die Kinder in Lugansk auf tollen Kinderspielplätzen spielen. Ich habe gesehen, dass die Leute in ein Geschäft gehen, wie in eine Ausstellung, nur um zu gucken. Sie freuen sich, dass es viele Lebensmittel gibt. Aber sie können diese Lebensmittel nicht kaufen, weil die Preise sehr, sehr hoch sind.

Wahrscheinlich gibt es auch in der „Volksrepublik Lugansk“ Menschen, die etwas reicher sind.

Natürlich. Es gibt einen Mittelstand. Den gibt es überall. Aber es gibt auch viele Arbeitslose.

Wie ist es jetzt in Thüringen, wo sie leben? Bekommt ihre Initiative, das „Aktionsbündnis Zukunft Donbass“, Unterstützung?

Nein, ich habe auf diese Frage schon mehrere Male geantwortet. Ob

es die Linken sind oder die Rechten, die CDU oder andere Parteien, nein. Das ist ja das, was meine Familie sehr stört. Im nächsten Jahr werden wir die Linken nicht mehr wählen. Man denkt, dass diese Menschen ein bisschen mehr Verständnis haben oder dass sie es zumindest haben sollten.

Was ist der Grund, dass sich die Linken zurückhalten. Haben sie Angst, dass sie als Putin-Unterstützer beschuldigt werden?

Ich weiß es nicht. Die Bevölkerung unterstützt uns nämlich. Was denken Sie, was für Briefe wir bekommen. Wir bekommen sehr nette Briefe. Und die Spenden kommen aus Thüringen und aus ganz Deutschland.

Aber was die politische Ebene in Deutschland betrifft, von der kommt nichts. Das bedeutet, dass man sich von dem Thema Frieden in Europa zurückzieht.

Vielen Dank für das Gespräch!

Das Spendenkonto des „Aktionsbündnis Zukunft Donbass“

<https://www.betterplace.org/de/organisations/29074-aktionsbundnis-zukunft-donbass>

<https://www.betterplace.org/de/organisations/29074-aktionsbundnis-zukunft-donbass>

**Wie es zur Gründung der
„Volksrepubliken“ kam**

Die ukrainische Armee und ultranationalistische sowie faschistische Freiwilligenverbände führten seit dem 8. April 2014 eine Antiterroroperation gegen die ostukrainischen Gebiete Lugansk und Donezk. Zuvor hatten in Donezk und Lugansk Kritiker der neuen Regierung in Kiew, die im Februar 2014 durch einen Staatsstreich an die Macht gekommen war, administrative Gebäude besetzt. Am 11. Mai 2014 wurde in den Teilen der Gebiete Lugansk und Donezk, die nicht unter Kontrolle der ukrainischen Armee standen, Referenden für die Unabhängigkeit durchgeführt. Im Gebiet Donezk stimmten 89 Prozent, im Gebiet Lugansk 96 Prozent der Wähler für die Unabhängigkeit. Am 12. Mai 2014 erklärten die „Volksrepubliken“ Donezk und Lugansk (DNR und LNR) ihre „staatliche Unabhängigkeit“. Von der Gründung eigener Republiken versprachen sich die Menschen in erster Linie den Schutz der russischen Sprache und Kultur, gute Beziehungen zu Russland und Schutz vor ukrainischen Ultranationalisten und Faschisten. Heute leben in der LNR 1,4 Millionen und in der DNR 2,3 Millionen Menschen.



Ulrich Heyden, Jahrgang 1954, ist seit 1992 freier Korrespondent in Moskau. Er arbeitet für den **Freitag**, **Telepolis** und **RT Deutsch**. Von 2001 bis 2014 war er Korrespondent der **Sächsischen Zeitung**. Parallel arbeitete er für einen Pool deutschsprachiger Zeitungen, unter anderem für die **Salzburger Nachrichten**, **Die Presse**, **Aargauer Zeitung**, **Südostschweiz**, **Mittelbayerische Zeitung**, **Südkurier**. Er ist Mitautor des Buches „Opposition gegen das System Putin“, Autor des Buches „Ein Krieg der Oligarchen. Das Tauziehen um die Ukraine“ und Co-Regisseur des Films „Lauffeuer“ über

den Brand im Gewerkschaftshaus von Odessa am 2. Mai 2014. Er kommentiert in russischen Fernseh- und Radiosendungen politische Ereignisse in Deutschland. Weitere Informationen unter www.ulrich-heyden.de (<http://www.ulrich-heyden.de/>).

Dieses Werk ist unter einer **Creative Commons-Lizenz (Namensnennung - Nicht kommerziell - Keine Bearbeitungen 4.0 International** (<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de>)) lizenziert. Unter Einhaltung der Lizenzbedingungen dürfen Sie es verbreiten und vervielfältigen.